



Januar 2020



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

Ich wünsche euch einen guten Start ins neue Jahr 2020!

wir alle möchten auch in Zukunft gut in unserer Stadt leben. Dafür arbeitet die SPD in Hamburg mit ihrem Ersten Bürgermeister Peter Tschentscher. Am 23. Februar sind Bürgerschaftswahlen und Hamburg steht vor der Entscheidung. Weiter gut und seriös regieren mit Peter Tschentscher oder grünes Versuchslabor. Wir müssen in den nächsten Wochen den Menschen in Hamburg, in Bramfeld, unsere Ideen und Ziele für unsere schöne Stadt vorstellen und mit ihnen diskutieren. Dabei haben **wir** immer die ganze Stadt im Blick! Alle Hamburgerinnen und Hamburger! Bitte unterstützt uns im Wahlkampf. Für eine starke SPD, für Hamburg!

Mit solidarischen
Grüßen

Andreas Ernst



Themen:

Unsere Themen für die Stadt	Seite 2
Termin Peter Tschentscher	Seite 4
Bundesparteitag	Seite 5
Hartz IV überwinden	Seite 6
Vermögenssteuer wieder einführen	Seite 7
Aussen- und Sicherheitspolitik	Seite 8
Das passiert in Bramfeld 2020	Seite 10
Unsere Kandidierende	Seite 11



Webseite: sued.spd-bramfeld.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 14. Januar findet unsere erste Distriktsversammlung im neuen Jahr statt. Themenschwerpunkt wird natürlich der bevorstehende Bürgerschaftswahlkampf in Hamburg sein. Für diese Zeit benötigen wir noch viele fleißige Helferinnen und Helfer. Sei es für Infostände oder für Verteilaktionen im Stadtteil.

Distriktsversammlung

„Wahlkampfplanung 2020“

Datum: 14. Januar 2020
im BSV-Treff

Ellernreihe 88
19:00 Uhr

SPD

DIE GANZE STADT IM BLICK

Impressum (V.i.S.d.P):

SPD Bramfeld-Süd
c/o Andreas Ernst
Seekamp 18
22177 Hamburg

Kontakt und Information:
SPD Bramfeld-Süd
www.spd-bramfeld.de

E-Mail:
sued@spd-bramfeld.de

SPD

Bramfeld - Süd





Unsere Themen für Stadt



Zukunftsstadt Hamburg

Lebenswert, wirtschaftsstarke und klimafreundlich für Alle

Bezahlbare Mieten

Nur der Bau neuer Wohnungen hilft wirklich dauerhaft gegen steigende Mieten. Wir wollen, dass in unserer Stadt jeder eine bezahlbare Wohnung finden kann. Deshalb setzen wir unser engagiertes Wohnungsbauprogramm mit bis zu 10.000 Wohnungen im Jahr fort und erneuern das Bündnis für das Wohnen mit einem neuen Vertrag für Hamburg.

Aktuell fördern wir den Bau von 3.000 Sozialwohnungen pro Jahr. Doch wir wollen mehr! Bis zum Ende der neuen Wahlperiode werden wir die Zahl der Bewilligungen für Sozialwohnungen deutlich steigern.

Zusätzlich haben wir erfolgreich die bundesweit beachtete bezahlbare Hamburg-Wohnung entwickelt – mit einer Perspektive von 8 Euro als Anfangsmiete. Dies ist ein attraktives Angebot für Normalverdiener-Haushalte. Wir werden dieses Angebot in die Fläche bringen und in jedem Bezirk umsetzen.

Mobilität für alle

Unser Ziel ist der entschlossene Ausbau der Angebote von Bussen, Bahnen und neuen Mobilitätsangeboten auch jenseits der Hauptverkehrszeiten – mit spürbaren Verbesserungen für alle Fahrgäste auf dem Weg dorthin.

Statt auf das Nachfrageverhalten zu reagieren, werden wir schrittweise neue Angebote schaffen. Schon Ende der 2020er Jahre werden wir das Angebot so ausgeweitet haben,

dass jede Hamburgerin und jeder Hamburger – egal in welchem Stadtteil sie oder er lebt – in den Hauptverkehrszeiten ein Mobilitätsangebot innerhalb von fünf Minuten vorfindet. Das ist unser Hamburg-Takt.

Das HVV-Jugendticket wird Mobilität ab 365 Euro im Jahr ermöglichen. Für Schülerinnen und Schüler werden wir die HVV-Gebühren sogar ganz abschaffen. Seniorinnen und Senioren können das Seniorenticket bereits ab Januar rund um die Uhr nutzen. Die Steigerung der Ticketpreise wird auf den Inflationsausgleich begrenzt.

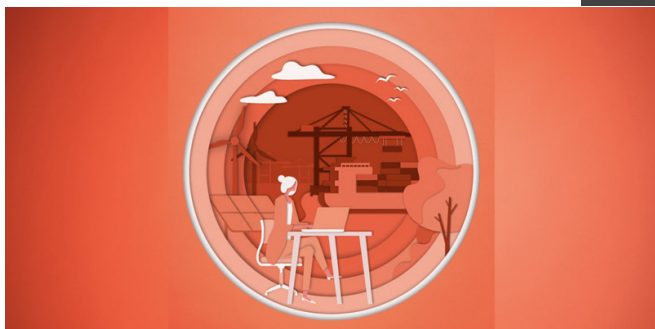


dass jede Hamburgerin und jeder Hamburger – egal in welchem Stadtteil sie oder er lebt – in den Hauptverkehrszeiten ein Mobilitätsangebot innerhalb von fünf Minuten vorfindet. Das ist unser Hamburg-Takt.

Das HVV-Jugendticket wird Mobilität ab 365 Euro im Jahr ermöglichen. Für Schülerinnen und Schüler werden wir die HVV-Gebühren sogar ganz abschaffen. Seniorinnen und Senioren können das Seniorenticket bereits ab Januar rund um die Uhr nutzen. Die Steigerung der Ticketpreise wird auf den Inflationsausgleich begrenzt.

Wachsende Wirtschaft – wachsende Löhne

Hamburg ist eine wirtschaftlich starke Stadt der Chancen. So viele Menschen wie nie zuvor finden hier eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Aber Arbeit muss auch fair bezahlt werden, familienfreundlich und altersgerecht gestaltet sein. Wir werden weiterhin dafür Sorge tragen, dass die Prinzipien von „Guter Arbeit“ überall gewährleistet werden.

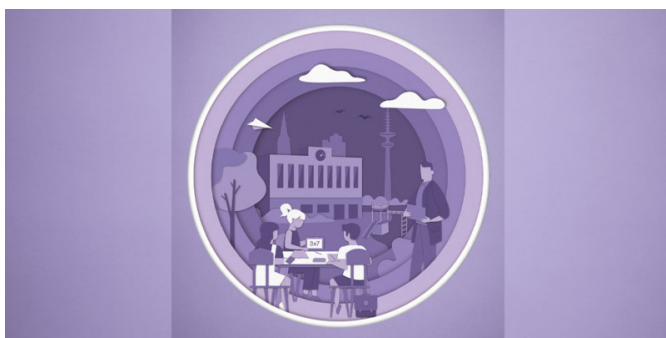


Wir setzen auf eine Ansiedlungsstrategie, die Beschäftigung und Wertschöpfung nach Hamburg holt und offen ist für Neuerungen und Innovationen. Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir langfristig in allen Bereichen der Wirtschaft auf fossile Brennstoffe verzichten. Gleichzeitig stärken wir den Wirtschaftsstandort Hamburg und geben dem Hafen neue Impulse.

Schule und Bildung

Wir haben 3 Milliarden Euro in unsere Schulgebäude investiert und über 2.000 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Die Ganztagsbetreuung für Schülerinnen und Schüler bis 14 Jahre ist kostenlos. Doch wir machen weiter, bauen 40 weitere Schulen, bauen und errichten in den kommenden Jahren auf Schulgeländen neue Kitas, die mehr als 5.000 neue Kitaplätze zur Verfügung stellen.

Wir entwickeln Hamburgs Schulen zu den besten und modernsten Schulen in Deutschland und bereiten sie gut auf die steigenden Schülerzahlen vor. Deshalb verbessern wir gezielt die Qualität von Schule und Unterricht, stellen mehr Pädagoginnen und Pädagogen ein und modernisieren, verschönern und vergrößern die Schulgebäude.



Klima- und Umweltschutz

Seit 2012 haben wir die CO₂-Emissionen in Hamburg jedes Jahr verringert. Darauf wollen wir aufbauen und schrittweise in allen Bereichen die Klimaneutralität erreichen.

Wir setzen uns bewusst das erst kürzlich erhöhte ambitionierte Ziel, bis 2030 den CO₂-Ausstoß gegenüber 1990 um 55 Prozent zu reduzieren. Und wir trauen uns zu, Hamburg bis 2050 klimaneutral zu gestalten.

Wir verpflichten uns, den Ausstieg unserer Fernwärme aus der Kohle bis 2030 abzuschließen. Dazu wird das alte Heizkraftwerk in Wedel abgeschaltet und das Heizkraftwerk Tiefstack in der darauf folgenden Wahlperiode umgebaut. Wir garantieren dabei, dass dies sozialverträglich geschieht: Über die normale Preisentwicklung im Wärmemarkt hinaus soll es keine Preiserhöhung durch den Umbau unserer Fernwärmeversorgung geben.

Zu einer lebenswerten Zukunftsstadt gehören Grünflächen und Naturschutzgebiete. Wir haben seit 2011 insgesamt rund 670 ha Flächen neu unter Naturschutz gestellt. Aktuell gibt es 35 Naturschutzgebiete mit einer Gesamtfläche von 7.124 ha. Obwohl Hamburg wächst und dichter bebaut wird, wollen wir den Anteil der Naturschutzgebiete am Stadtgebiet auf 10% erhöhen.

Digitalisierung

Eine gute Versorgung mit Breitband und Mobilfunk gehört heute zur Daseinsvorsorge. Hamburg verfügt bereits heute über ein sehr gutes Angebot. Aber wir wollen noch besser werden. Wir haben uns vorgenommen, bis Mitte der 20er Jahre ein flächendeckendes Glasfasernetz aufzubauen. Außerdem werden wir den WLAN-Ausbau an allen stark genutzten öffentlichen Orten der Stadt abschließen. Wir schaffen damit ein für die Nutzerinnen und Nutzer offenes und kostenfreies WLAN-Angebot im Citybereich, an den touristischen Hotspots und in den Bezirkszentren. Wir werden Hamburg in den kommenden Jahren zur 5G-Mobilfunk-Stadt entwickeln. Diese Infrastrukturen sind entscheidend, um Lebensqualität und Wirtschaftskraft zu sichern.



DIE GANZE STADT IM BLICK.

Wir schaffen in Hamburg mit einem neuen und zentralen Haus der Digitalen Welt den Bildungs- und Zukunftsort für alle Hamburgerinnen und Hamburger. Es wird ein bundesweit einzigartiger Ort, an dem Digitalisierung erlebbar und erlernbar wird. Das Haus der Digitalen Welt wird neuer Standort der Zentralbibliothek, die wir zu einer der modernsten Bibliotheken Europas machen wollen. Auch die Zentrale der Hamburger Volkshochschule soll dort entstehen, um mit einem umfassenden Weiterbildungsangebot unter anderem die digitale Grundbildung aller Menschen in der Stadt sicherzustellen.

Soziales Hamburg

Wir wollen, dass Hamburg die lebenswerteste und familienfreundlichste Stadt Deutschlands ist. Dazu gehört, dass sich alle, die in Hamburg leben möchten, dies auch leisten können. Daher sorgen wir in jeder Lebensphase und für jeden Lebensentwurf dafür, dass niemandem unnötige Hürden oder Belastungen auferlegt werden. Dabei ist uns wichtig, dass niemand, der auf zusätzliche Hilfe angewiesen ist, auf der Strecke bleibt.

Dies beginnt mit dem flächendeckendem Kita- und Ganztags-Angebot für alle. Die Jugendberufsagenturen, das gebührenfreie Studium und die geplanten oder bereits bestehenden Förderungen für Auszubildende erleichtern den Weg von der Schule ins Berufsleben. Bezahlbarer Wohnraum für alle ist ein Kernthema unserer Politik. Junge Familien werden durch die kostenfreie Kitagrundbetreuung, die geplanten HVV-Schüler- und Jugend-Tickets und vieles mehr entlastet, wir sorgen dafür, dass sich für alle – ob alleinerziehend oder nicht – Familie und Beruf gut vereinbaren las-

sen. Im Alter kann man unter anderem durch barrierearmen Wohnungsbau und das erweiterte HVV-Seniorenticket ungebrochen aktiv am Leben in Hamburg teilhaben.

Hamburg ist eine Stadt der Chancen für alle – auch wenn man auf Barrierefreiheit oder besonderen Pflegebedarf angewiesen ist. Inklusion heißt für uns selbstbestimmte, gleichberechtigte und barrierefreie Teilhabe von Menschen mit Behinderung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Mit dem Programm „Wohnen bleiben im Quartier“ fördern wir beispielsweise die Entstehung von neuen Wohnformen, die lebenslanges Wohnen in lebendigen Nachbarschaften auch bei Pflegebedürftigkeit ermöglichen.



SPD

Termin vormerken!



Peter Tschentscher in Bramfeld

Donnerstag, 30. Januar, 20.00 Uhr
Johannes-Brahms-Gymnasium
Höhnkoppelort 24

SPD

DIE GANZE STADT IM BLICK



Bundesparteitag

Von: Andreas Ernst

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
auf dem Bundesparteitag vom 6. Dezember bis zum 8. Dezember wurde die neue Führungsspitze unserer SPD nun auch formal gewählt. Auch wurde über die Fortsetzung der Koalition mit den beiden Unionsparteien im Bund diskutiert. Dafür lag ein Leitantrag zur Halbzeitbilanz vor, der so formuliert war, dass wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in allem Respekt und auf einem anständigen Niveau mit der Union über die Frage der Fortsetzung dieser Großen Koalition verhandeln können. Aber mit diesem Leitantrag geben wir der Koalition eine realistische Chance auf eine Fortsetzung. Es waren insgesamt drei spannende Tage mit Wahlen und wichtigen Beschlüssen, unter anderem zum Klimaschutz und zu der Frage, wie der Sozialstaat von morgen aussehen soll.

Am ersten Tag wurden Saskia Esken und Norbert-Walter-Borjans von den Delegierten des Bundesparteitags in Berlin als neue Doppelspitze gewählt. Saskia Esken mit 75,9 Prozent und Norbert Walter-Borjans mit 89,2 Prozent. Damit ist klar. Die beiden sollen die SPD in eine neue Zeit führen. Personell wie inhaltlich.

Fünf stellvertretende Parteivorsitzende werden zukünftig an der Seite unserer Doppelspitze stehen. Klara Geywitz (76,8%), Hubertus Heil (70,0%), Kevin Kühnert (70,4%), Serpil Midyatli (79,8%) und Anke Rehlinger (74,8%).



Aber auch bewährte Kräfte unterstützen das neue Duo. Als Generalsekretär Lars Klingbeil (79,93%), als Schatzmeister Dietmar Nietan (84,98%) und als EU-Beauftragter Udo Bullmann (80,23%).

Auf dem Bundesparteitag wurde aber nicht nur eine neue Führungsspitze gewählt, es wurden auch weitere Beschlüsse und Weichenstellungen beschlossen. Ein Überblick:

Arbeitslosengeld: Arbeitslose sollen länger ALG I beziehen können. Bei mindestens 20 Jahren Beitragszeit soll sich der Anspruch um drei Monate, ab 25 Jahren um sechs und ab 30 Jahren um neun Monate erhöhen. Länger kann Arbeitslosengeld bei einer Weiterbildungsmaßnahme gezahlt werden - und zwar als Arbeitslosengeld Q maximal 36 Monaten lang. Heute besteht ein Anspruch auf höchstens 24 Monate Arbeitslosengeld ab einem Alter von 58.

Mindestlohn: Der Mindestlohn soll perspektivisch auf zwölf Euro angehoben werden. Dafür soll das Mindestlohngesetz 2020 weiterentwickelt werden.

Kindergrundsicherung: Hartz IV für Kinder soll abgeschafft, Familienleistungen wie Kindergeld, Kinderzuschlag, Hartz IV für Kinder und Teilhabeleistungen würden dann zusammengefasst werden. Für jedes Kind in Deutschland soll es ein neues Kindergeld von mindestens 250 Euro pro Monat geben. Bei Familien mit geringem Einkommen soll das Kindergeld auf bis zu 400 Euro für bis zu Sechsjährige, 458 Euro für sechs- bis 13-Jährige und 478 Euro für Jugendliche ab 14 anwachsen können.

Rente: Langfristig soll das Rentenniveau stabilisiert werden. Eine Erhöhung der Regelaltersgrenze soll es nicht geben - aber Schritte zur Einführung einer Erwerbstätigenversicherung, in die alle einzahlen.

Pflege: Eine Bürgerversicherung soll den Unterschied zwischen privat und gesetzlich Versicherten in der Pflege beenden und helfen, die Eigenanteile längerfristig abzuschaffen. Ziel ist eine Vollversicherung. Pflege, die nur aus medizinischen Gründen erfolgt, soll voll-



IN DIE NEUE ZEIT. **SPD**

ständig von der Krankenversicherung bezahlt werden.

Investitionen: Die SPD will die Schuldenbremse "in der derzeitigen Form perspektivisch überwinden", um mehr Investitionen zu ermöglichen.

Vermögensteuer: Die Partei will die Vermögensteuer ab einem Nettovermögen von zwei Millionen Euro wieder einführen. Der Steuersatz soll ein Prozent betragen und für sogenannte Superreiche auf 1,5 und zwei Prozent steigen. Dabei sollen Freibeträge von zwei Millionen Euro für Alleinstehende und vier Millionen Euro für Verheiratete sicherstellen, dass die Steuerbelastung auf besonders reiche Teile der Bevölkerung konzentriert werde.

Mieten: Die SPD will Mieten in Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt für fünf Jahre einfrieren. Erhöhungen sollen maximal in Höhe der Inflationsrate möglich sein. Vermieter, die sich nicht daran halten, müssten mit Sanktionen rechnen. Wenn Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt werden, sollen Mieter mindestens zehn Jahre Kündigungsschutz haben.

Klimaschutz: Beim Klimaschutz setzen wir auf einen einen sozial gerechten und wirkamen höheren CO2-Preis. Wie hoch dieser statt der beschlossenen zehn Euro pro Tonne sein soll, ließ der Parteitag offen. Mittlerweile wurde dieser im Vermittlungsausschuß von Bundesrat und Bundestag nach oben angepasst.

Der Parteitag brachte gute drei Tage mit spannenden Wahlen, wichtigen Beschlüssen und Weichenstellungen. Ein Aufbruch mit mutiger Erneuerung an der Parteispitze, bei programmatischen Schwerpunkten und in der Organisation der SPD. Gemeinsam in die neue Zeit!

Hartz IV überwinden

Auf unserem Parteitag in Berlin wurde ein neues Sozialstaatskonzept beschlossen.

Die Grundannahme lautet: "Dass die Menschen den Sozialstaat brauchen und nicht missbrauchen". Klingt abstrakt? Ist aber ein Konzept, um Hartz IV zu überwinden und um den Sozialstaat im 21. Jahrhundert fortzuentwickeln.

Mit diesem Konzept krepeln wir die Sozialpolitik der SPD völlig um., drehen wir sie wieder auf links. Wir wollen auch zukünftig die Arbeitsbedingungen derjenigen verbessern, die bereits in Lohn und Brot stehen, und wir wollen den Menschen die Angst nehmen, die ihren Job verloren haben; aus welchen Gründen auch immer. Unternehmen, die sich einem Tarifvertrag unterwerfen, sollen bei der Steuer bessergestellt, der Mindestlohn soll "perspektivisch" auf zwölf Euro erhöht werden – damit wir verhindern, dass man im Alter auf Grundsicherung angewiesen sein wird.

Hartz IV wollen wir durch ein Bürgergeld ersetzen. Zunächst geht nicht um die Höhe des sozialen Transfers, sondern darum, die Menschen wieder herauszuholen. Wir wollen zukünftig die Menschen wieder ermutigen statt entmutigen. Unsere Grundannahme ist, dass die Menschen den Sozialstaat brauchen und nicht missbrauchen. Wer Bürgergeld bekommt, dessen Vermögen und Wohnungsgröße soll in den ersten zwei Jahren nicht überprüft werden. Wer einen Berufsabschluss nachholen will, soll mit Geld unterstützt werden. Er oder sie soll darauf sogar ein Anrecht haben. Wer sich weiterbildet, bekommt monatlich einen Bonus. Dennoch sollen Sanktionen im Sinne der Verhältnismäßigkeit bestehen bleiben, wobei das sozio-ökonomische und soziokulturelle Existenzminimum jederzeit gesichert sein muss.

EIN NEUER SOZIALSTAAT FÜR EINE NEUE ZEIT *MEHR CHANCEN. MEHR SICHERHEITEN.*

Solidarität, Zusammenhalt, Menschlichkeit – das sind die Grundsätze für unseren Sozialstaat der Zukunft. Mehr Chancen, mehr Sicherheit und mehr Gerechtigkeit mit einem Sozialstaat als Partner. Das steht für uns im Mittelpunkt.



Vermögenssteuer wieder einführen



Die SPD will die Vermögenssteuer wieder einführen. Das haben unsere Delegierten auf dem Parteitag in Berlin beschlossen. Der Bundesparteitag hat beschlossen, dass der Steuersatz ein Prozent betragen und für sogenannte Superreiche auf 1,5 und zwei Prozent steigen solle. Dabei sollen Freibeträge von zwei Millionen Euro für Alleinstehende und vier Millionen Euro für Verheiratete sicherstellen, dass die Steuerbelastung auf "besonders reiche Teile der Bevölkerung konzentriert" werde.

Für ein verheiratetes Paar mit einem Nettovermögen von 4,2 Millionen Euro betrüge die Vermögenssteuer damit 2000 Euro im Jahr oder 166 Euro im Monat. Die Vermögenssteuer sei eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, heißt es in dem Beschluss. Die aus Sicht der SPD "starke Vermögenskonzentration" gefährde den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Dynamik.

Die Vermögenssteuer wird seit einem Verfassungsgerichtsurteil Mitte der Neunzigerjahre nicht mehr erhoben. Die obersten Richter in Karlsruhe hatten seinerzeit nicht die Steuer selbst gerügt, sondern die unterschiedliche Bewertung von Vermögensgegenständen. Durch alte Verkehrswerte waren Immobilien gegenüber Kapitalvermögen wie Aktien stark begünstigt. Die Vermögenssteuer hatte den Ländern in den Neunzigerjahren zuletzt umgerechnet etwa 4,6 Milliarden Euro eingebracht. Das entspräche nach SPD-Berechnungen nach heutigen Zahlen einem Aufkommen von etwa neun Milliarden Euro jährlich.

Die Bedeutung anderer vermögensbezogener Steuern wie etwa Grund-, Erbschaft-, Schenkung- und Grunderwerbsteuer ist nach Ein-

schätzung der SPD in Deutschland vergleichsweise gering. Sie liege mit einem Anteil von 1,0 Prozent nur bei ungefähr der Hälfte der Durchschnittsbelastung in allen Industriestaaten.

- Das Vermögen von Reichen soll mit einem Prozent besteuert werden, das Superreiche noch etwas höher. Dabei sollen jedoch hohe Freibeträge gelten.
- Zudem einigten sich die Delegierten darauf, dass die Schuldenbremse in ihrer derzeitigen Form perspektivisch überwunden werden soll, um mehr Investitionen zu ermöglichen.
- Die Schuldenbremse begrenzt die Nettokreditaufnahme des Bundes auf 0,35 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Die Delegierten beschlossen außerdem, dass die Schuldenbremse in ihrer derzeitigen Form perspektivisch überwunden werden soll. Der neue SPD-Chef Norbert Walter-Borjans sagte, selbstverständlich wolle auch die SPD keine Kredite aufnehmen, wenn es nicht nötig sei. Aber man dürfe sich auch keine Investitionsmöglichkeiten nehmen. Kein Unternehmen in diesem Land und in anderen Ländern käme auf die Idee, seinen Maschinenpark verrotten zu lassen, nur damit es keinen neuen Kredit aufnimmt" betonte er.

Für Investitionen in die Zukunft etwa in Schulen und Straßen seien "Kredite die völlig angemessene Größe". "Deswegen sollten wir in den Antrag schreiben, dass wir die Schuldenbremse überwinden müssen", forderte der neue SPD-Vorsitzende. Es gehe nicht darum, die Schuldenbremse nur um des Schuldensmachens aufzuheben, sondern darum, "die Ketten, die wir uns angelegt haben, die uns daran hindern, in die Zukunft zu investieren, jedenfalls aufzulösen".

Die Schuldenbremse begrenzt die Nettokreditaufnahme des Bundes auf 0,35 Prozent der Wirtschaftsleistung. Sie ist im Grundgesetz verankert.



Sozialdemokratische Außen- und Sicherheitspolitik



AKTIVE
FRIEDENS-
POLITIK



Wir leben in einer sich dramatisch verändernden Welt. Die Fundamente der internationalen Ordnung, wie sie sich seit dem Ende des Kalten Krieges herausgebildet haben, geraten ins Wanken. Die multilaterale Ordnung ist unter Druck geraten. Protektionismus und Nationalismus sind auf dem Vormarsch, selbst innerhalb der EU sind diese Erschütterungen zu spüren. Der globalisierte Kapitalismus produziert immer drastischere Ungleichgewichte und populistische Gegenreaktionen, die die Grundlagen liberaler Demokratie in Frage stellen.

Weltweit steigen die Rüstungsausgaben im Rekordtempo, während die Wohlstandskluft zwischen den armen Staaten des globalen Südens und der industrialisierten Welt weiterwächst und damit der Forderung nach mehr globaler Gerechtigkeit neue Aktualität verleiht. Die Folgen des Klimawandels werden immer spürbarer, gerade in Regionen, die schon heute von Instabilität und Krisen geprägt sind, und führen zur Verschärfung bestehender Konflikte. Gleichzeitig rivalisieren die Großmächte USA, China und Russland in einem neuen Wettbewerb um Macht und Einfluss.

Europa gerät zunehmend unter Druck, von innen wie von außen, und droht zum Randakteur bei der Gestaltung der Welt von morgen zu werden. Auf neue Instabilitäten und neue Unsicherheiten müssen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mutige Antworten geben. Wir benennen die vor uns liegenden Herausforderungen klar und können für unsere Antworten an viele Erfahrungen und Erfolge der Vergangenheit anknüpfen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten prägen seit über 50 Jahren die Außen- und

Sicherheitspolitik und Europapolitik der Bundesrepublik Deutschland. Und das sehr erfolgreich – für unser Land, Europa und für die Welt: Willy Brandt mit seiner Ostpolitik und seinem Plädoyer für Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd, Helmut Schmidt mit seinem Eintreten für Europa und die Stärkung der internationalen Abstimmung durch die Etablierung der G7. Nicht zuletzt deshalb genießt die Bundesrepublik in großen Teilen der Welt viel Vertrauen und kann sich als glaubhafter Vermittler

in Konfliktfällen einbringen. Sozialdemokratische Außenpolitik ist nachhaltige und vorausschauende Friedens-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Orientiert an einem klaren Wertekompass, bereit, Verantwortung zu übernehmen und die berechtigten Interessen Deutschlands und Europas in fairer Weise zu vertreten.

Wir wollen ein starkes, soziales und handlungsfähiges Europa, das für wirtschaftlichen Erfolg, sozialen Frieden und ökologische Verantwortung steht und sich im Wettbewerb behaupten kann. Daher werden wir uns weiterhin für starke Gemeinschaftsinstitutionen mit wirksamen Instrumenten, Anreizen und Sanktionsmechanismen, mit denen wir diese gemeinsame Wertebasis schützen, einsetzen.

Deutschland hat als größtes Land in der Mitte des Kontinents eine maßgebliche Verantwortung für die Europäische Union. Deshalb erwarten wir von der Bundesregierung die Bereitschaft, in die Europäische Integration politisch und finanziell zu investieren, um die Entwicklung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten positiv mitzugestalten. Die Zukunft der EU in ihrer jetzigen Form ist keineswegs garantiert – der Brexit ist und bleibt mahnendes Beispiel. Der rechte Populismus stellt die gemeinsame Wertebasis in Frage und bedeutet eine existenzielle Gefahr für die innere Stabilität – heute und wahrscheinlich auch für die nächsten Jahrzehnte. Die SPD verfolgt das Ziel eines sozial gerechten Europas, das den Menschen dient. Dazu gehören faire Mindestlöhne, starke Arbeitnehmerrechte und starke Gewerkschaften ebenso wie ausreichend finanzierte soziale Sicherungssysteme.



Wir setzen uns dafür ein, dass die EU im Rahmen einer intelligenten, zukunftsgerichteten Industriepolitik mehr investiert: in saubere Energien, Infrastruktur, Wissenschaft und Bildung. Wir wollen, dass Europa 2050 der erste klimaneutrale Kontinent ist. Wir stehen für ein solidarisches und souveränes Europa. Wir tragen mit dem reformierten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu mehr und gleichmäßigem Wohlstand, Solidarität und Stabilität in der Eurozone und ganz Europa bei. Uns ist wichtig, die europäischen Steuerzahler noch besser zu schützen, damit sie in Zukunft nicht mehr für das Versagen des Finanzsektors haften müssen.

Für einen krisenfesteren Bankensektor in Europa

Zu einem gerechten Europa gehört aber auch, dass sich alle Teile der Wirtschaft angemessen an den Kosten des Gemeinwesens beteiligen. Wir treten daher in Europa für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ein und kämpfen auf internationaler Ebene für eine Mindestbesteuerung von Konzernen, damit sich große global tätige Unternehmen nicht mehr länger einer fairen Besteuerung entziehen können. Steuergerechtigkeit muss und wird ein Schwerpunkt unserer EU-Präsidenschaft im nächsten Jahr sein. Sollte keine internationale Regelung gelingen, werden wir eine europäische Digitalsteuer auf den Weg bringen. Die EU muss sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten in einem schwierigen politischen Umfeld behaupten.

Die Nachbarschaft im Süden wie im Osten wird weiterhin durch Krisen und Fragilität sowie durch die wachsende Großmächtekonkurrenz geprägt sein. Europa muss ein bestimmender Pol bleiben in einer Welt, die eine neue Ordnung sucht und in der ein härter werdender Wettbewerb der Großmächte um Macht und Einfluss die globale Politik zunehmend prägt. Wir streben mit unserer Politik ein starkes und souveränes Europa an, eine EU, die als Friedensmacht handlungsfähig ist und in der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungs-

in der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik genauso wie in der Wirtschafts-, Handels- und Finanzpolitik Spielräume erarbeitet und verteidigt. Europa braucht uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die für Zusammenhalt sorgen und dritten Mächten deutlich machen, dass wir uns weder gängeln noch auseinanderdividieren lassen. Wir sorgen dafür, dass Europa geeint und kraftvoll für seine Werte entsteht. machen, dass wir uns weder gängeln noch auseinanderdividieren lassen. Wir sorgen dafür, dass Europa geeint und kraftvoll für seine Werte entsteht.

Friedens- und Sicherheitspolitik

Sozialdemokratische Außenpolitik ist und bleibt dem Frieden verpflichtet. Der Frieden in Europa und in der Welt ist aber in den letzten Jahren brüchig geworden. Neue geopolitische Risiken sind entstanden. Wir haben kein Interesse an einer neuen Blockkonfrontation, weder zwischen den USA und Russland, noch zwischen den USA und China.

Die grundlegenden Prinzipien, die Willy Brandt vor fast einem halben Jahrhundert bei der Formulierung seiner Ostpolitik leiteten, bleiben weiter aktuell. Um daran anknüpfen zu können, müssen wir sie den radikal geänderten Rahmenbedingungen anpassen. Eine ausgestreckte Hand nach Osten sowie Dialog und Abbau von Spannungen werden weiter unser Handeln bestimmen, orientiert am Leitbild eines umfassenden Sicherheitsbegriffs. Dies alles im Rahmen einer aktiven europäischen Ostpolitik, die auf der Basis klarer sozialdemokratischer Prinzipien und der Bereitschaft zum Dialog die Zusammenarbeit und den Interessenausgleich mit Russland genauso sucht, wie die weitere Annäherung der Staaten der Östlichen Partnerschaft an die EU.

Im Austausch mit Russland setzen wir dabei auf klare Positionen und benennen bestehende Differenzen deutlich wie auch offen. Dies betrifft u.a. den andauernden Konflikt in der Ukraine. Sozialdemokratische Außenminister haben sich seit Beginn dieser politischen und militärischen Konfrontation mit großem diplomatischen Engagement für eine Deeskalation



Deeskalation und für eine friedliche Lösung eingesetzt. Insgesamt gilt: Für die Sicherheit in Europa sind die transatlantischen Beziehungen von zentraler Bedeutung. Sollten sich die USA in Zukunft stärker aus Europa zurückziehen, muss Europa vorbereitet sein. Deshalb wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass sich Deutschland und die anderen europäischen Staaten sicherheitspolitisch noch stärker als bisher engagieren, mit dem Ziel: die Handlungsfähigkeit Europas zu stärken, im zivilen Bereich genauso wie sicherheitspolitisch. Europa muss vor allem eigene sicherheitspolitische sowie Rüstungskontroll- und Abrüstungsinitiativen für den europäischen Kontinent entwickeln, auch, um sich nicht zunehmend dem wechselnden Verhältnis der Großmächte anzuliefern.

Dies gilt umso mehr nach dem faktischen Ende des INF-Vertrages zwischen den USA und Russland, der den beiderseitigen Verzicht auf landbasierte Trägersysteme und Abschussvorrichtungen mittlerer Reichweite festgelegt und dadurch entscheidend die Sicherheit in Europa gestärkt hatte. Umso mehr müssen wir dafür eintreten, eine Verlängerung des New Start Vertrages zwischen den USA und Russland zu erwirken, um das Arsenal strategischer Nuklearwaffen weiter zu reduzieren und gegenseitige Inspektionen und Vertrauensbildung zu ermöglichen. Ebenso setzen wir uns ein für den Erhalt und die Stärkung wichtiger Bausteine der nuklearen Ordnung wie den Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag, den Atomwaffenteststoppvertrag sowie den Vertrag zum Verbot zur Herstellung von Spaltmaterial. Eine nuklearwaffenfreie Welt ist das langfristige Ziel sozialdemokratischer Sicherheitspolitik.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gilt: Nukleare und konventionelle Rüstungskontrolle steht ganz oben auf der politischen Agenda und für die zukünftige Friedens- und Sicherheitspolitik stehen immer politische und diplomatische Mittel an erster Stelle. Wir setzen uns ein für die intensive Nutzung wichtiger Dialogforen mit Russland (u.a. NATO-Russland-Rat), gerade auch zur

Thematisierung der globalen und europäischen Abrüstungs- und Rüstungskontrollarchitektur. Dazu gehört auch die Intensivierung vertrauensbildender Maßnahmen und unserer abrüstungspolitischen Bemühungen im konventionellen Bereich.



Aus unserem Stadtteil

Das passiert 2020 in Bramfeld

Von: Jens Schwieger

Mützendorpfeld: Der Bebauungsplan Bramfeld 70 steht kurz vor dem Abschluss. Mitte des Jahres soll der Bau von 67 geförderten Wohnungen in 4 Häusern mit 3 und 4 Geschossen sowie Tiefgarage starten. Der westliche Teil des Plangebietes bleibt frei und wird als grünes Wohnumfeld neu gestaltet.

Moosrosenweg und Bramfelder Spitze: Das B-Plan-Verfahren Bramfelder Spitze (Bramfeld 65) für die Zentrale der Firma Akquinet soll im Februar abgeschlossen werden, der Bau noch 2020 starten. Die B-Pläne Moosrosenweg-Süd (Bramfeld 71) und Moosrosenweg-Nord (Bramfeld 72) sind noch im Verfahren. Insgesamt sollen im Zuge dieser „Magistralenentwicklung“ auf rund sieben Hektar entlang der Bramfelder Chaussee etwa 1000 Wohneinheiten, zwei Kitas, Gastronomie und Gewerbe entstehen. Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE)

Steilshoop: Der neue Quartiersplatz und der Campus sind eingeweiht, bis Ende 2021 folgt die „Aufwertung des Wohnumfeldes“. Der Seant hat der SAGA drei nicht mehr benötigte Schulflächen zur Nachverdichtung gegeben. Das stadt eigene Unternehmen soll „8-Euro-



Wohnungen“ bauen. 2020 startet das B-Plan-Verfahren. **Bramfelder See:** Neben der Verbesserung der Anbindung des neuen Campus Steilshoop an die Grünanlage Bramfelder See soll auch der am Ostrand des Gewässers gelegene Sitzplatz mit Blick auf die Reiherinsel erneuert werden.

Kulturinsel und Försterhaus: Das etwa 1890 erbaute Försterhaus soll saniert und mit dem bereits renovierten Brakula in ein neues Bramfelder Kulturzentrum integriert werden. Dafür stellen die Finanzbehörde 450.000 €, der Bund im Rahmen des Denkmalschutzsonderprogramms 352.000 € und die Bezirksversammlung 500.000 € bereit. Anfang 2021 kann der Bau starten. Dank einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bundesregierung, Senat und Bürgerschaft sowie Bezirk kann mit der Sanierung des Försterhauses die „Kulturinsel Bramfeld“ 2021 vervollständigt werden. Insgesamt werden 1,3 Millionen Euro für die Sanierung des knapp 130 Jahre alten Försterhauses neben dem Brakula (Bramfelder Kulturladen) aufgewendet.

Damit ist es nach vielen Jahren endlich gelungen, dieses für den Stadtteil wichtige Projekt im Herzen Bramfelds endlich in greifbare Nähe zu rücken. Mit der Sanierung des Försterhauses wird das Zentrum kultureller Aktivität erweitert und neue, kreative, kulturelle und vielfältige Aktionen und Programme für die Bramfelderinnen und Bramfelder ermöglicht.

Auch das geschichtliche und kulturelle Erbe unseres Stadtteils, das Stadtteilarchiv, wird hier mehr Platz erhalten und in Sichtweite der künftigen neuen U-Bahn-Station am Bramfelder Dorfplatz wird neues, buntes und attraktives Zentrum für Jung und Alt, Neu- und Alt-Bramfelder*innen geschaffen.



Unsere Kandidierenden

Landesliste der SPD Hamburg

Die Landesliste der SPD Hamburg für die Bürgerschaftswahl 2020 wird angeführt von unserem Ersten Bürgermeister Peter Tschentscher, unserer Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit, unserem Fraktionschef Dirk Kienscherf und unserer Landesvorsitzenden Melanie Leonhard. Auf Platz 41 der Landesliste kandidiert unser Distriktvorsitzender Andreas Ernst für unseren Stadtteil, unseren Distrikt.



Die Kandidierenden vor Ort im Wahlkreis 12 Bramfeld, Farmsen-Berne

In jedem der 17 Bürgerschafts-Wahlkreise stehen am 23. Februar Kandidatinnen und Kandidaten der SPD Hamburg zur Wahl, um vor Ort im und für den Stadtteil die Politik direkt zu gestalten. In unserem Wahlkreis 12 Bramfeld, Farmsen-Berne kandidieren direkt:



Bürgerschaftswahl 2020

direkt zu gestalten. In unserem Wahlkreis 12 Bramfeld, Farmsen-Berne kandidieren direkt:



Regina Jäck
Bramfeld



Lars Pochnicht
Berne



Carsten Heeder
Steilshoop

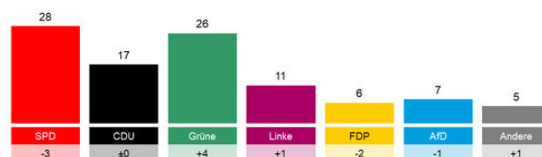


Umfrage vom Dezember 2019

HamburgTREND Dezember 2019
Sonntagsfrage Bürgerschaftswahl

Jetzt erst recht!

NDR



Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bürgerschaftswahl in Hamburg wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte im Bundesland / Kreisfreie Städte der Parteien entspricht dem Ergebnis der letzten Bürgerschaftswahl
Werte in Prozent / Veränderungen in Prozentpunkten zu Februar 2019

infratest dimap



Abgeordneter für die Hamburgische Bürgerschaft
für den Wahlkreis 12 Bramfeld, Farmsen-Berne
und Steilshoop

Abgeordnetenbüro Bramfeld

Bramfelder Abgeordneter: **Jens Schwieger**
Bramfelder Chaussee 312 | 22177 Hamburg
Telefon: 040 – 63 91 76 79
E-Mail: buero@schwieger-hamburg.de

SPD-Fraktion Bezirksversammlung Wandsbek

Schloßstraße 12 | 22041 Hamburg
Telefon: 682 67 784
E-Mail: spdfraktion-wandsbek@t-online.de



SPD-Kreisbüro Wandsbek

Schloßstraße 12 | 22041 Hamburg
Telefon: 689 44 511
E-Mail: hh-wandsbek@spd.de



SPD-Landesorganisation Hamburg

Kurt-Schumacher Allee 10 | 20097 Hamburg
Telefon: (040) 280 848 - 0
Fax: (040) 280 848 - 18
E-Mail: kontakt@spd-hamburg.de

